

Im Eiltempo strebt die Schweiz den Beitritt zum Internationalen Währungsfonds (IWF) und zur Weltbank an: Am 15. Mai hat der Bundesrat seine befürwortende Botschaft veröffentlicht, in der Juni-Session wird der Ständerat, im September der Nationalrat darüber beraten, spätestens bis Mitte nächsten Jahres soll der Beitritt erfolgen. Während in entwicklungspolitischen Gruppen und linken Parteien bis vor wenigen Jahren einhellige Ablehnung des IWFs vorherrschte, sind sie sich dessen heute nicht mehr so sicher. Weniger über die IWF-Politik, deren verheerende Auswirkungen nicht nur für die Dritte Welt, sondern auch für die östlichen Wirtschaften kritisiert wird, als über die Gefahr der weiteren internationalen Isolierung der Schweiz. Die welsche 'Erklärung von Bern', etliche Hilfswerke oder Teile der SPS fordern zwar Bedingungen für den Beitritt, stellen ihn aber nicht grundsätzlich in Frage oder erhoffen sich gar mit einem Exekutivsitzen im IWF vermehrte Einflussmöglichkeiten.

Am 13. Mai haben sich in Bern Vertreterinnen aus verschiedenen entwicklungspolitischen Gruppen getroffen, um eine gründliche Diskussion über die Politik des Währungsfonds zu eröffnen und die Frage eines Referendums gegen die Vorlage zu klären. Die *friedenszeitung* sprach mit der Ökonomin Mascha Madörin über die weltwirtschaftliche Rolle des IWF und seine aktuelle Politik, über die Haltung des Bundesrates und die Fragestellungen eines Referendums. Mascha Madörin, eine vehemente Kritikerin des IWF, ist Mitglied des Frauenrats für Aussenpolitik und Mitarbeiterin bei der Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt.

**friedenszeitung:** Was ist die Hauptkritik an der Institution IWF und an deren Politik?

**Mascha Madörin:** Es sind drei Kritikpunkte zu nennen. Der erste Punkt ist, dass die Politik, die der IWF den verschuldeten Ländern des Südens und neuerdings auch des Ostens aufzwingt, ungeheure soziale und ökologische Auswirkungen hat. Effektiv sind Millionen von Menschen an den Folgen dieser Wirtschaftspolitik gestorben. Da gibt es gar keine Diskussion mehr, ob man das jetzt richtig oder falsch findet. Diese Kritik richtet sich auch gegen die Weltbank, die die gleiche Wirtschaftspolitik vertreten hat.

Der zweite Punkt ist, dass IWF und Weltbank in den 80er Jahren, als die Verschuldungskrise ausgebrochen ist, von Anfang an gesagt haben, die Anpassungsprogramme hätten leider negative soziale Auswirkungen. Sie haben nie gesagt, es handle sich um entwicklungspolitische Programme. Sie betonen, es seien notwendige Programme, damit diese Länder gesamtwirtschaftlich als Nationen im Weltwirtschaftssystem saniert werden können. Sie hatten mehrere Kriterien, was die Ziele dieser Politik waren. Es wur-

# Referendum

## gegen den

## IWF-Beitritt ?



den genannt: Wirtschaftswachstum, Exportwachstum, Inflationsbekämpfung, Reduzierung des Budgetdefizits der Staaten und Reduzierung der Schulden, weil die Länder rückzahlungsfähiger werden sollten.

**Die Politik, die der IWF den verschuldeten Ländern des Südens aufzwingt, hat ungeheure soziale und ökologische Auswirkungen.**

Die acht Jahre Strukturanpassungspolitik sind ein eindeutiges wirtschaftliches Debakel, wenn man obengenannte Kriterien betrachtet (die ökologischen und sozialen noch nicht mitgerechnet). Es war eine falsche Politik. Dieser Punkt wird in der öffentlichen Debatte in der Schweiz sowohl von der Arbeitsgruppe 'Hilfswerke' wie jetzt in der Botschaft des Bundesra-

tes verschwiegen. Es wird getan, als sei dies eine notwendige rationale Wirtschaftspolitik, die leider negative soziale Auswirkungen hat, gegen die man jetzt Gegenprogramme durchführen muss. Dieser Punkt muss meiner Meinung nach unbedingt diskutiert werden.

Der dritte Punkt besteht darin, dass IWF und Weltbank, auch weil sie unter Druck der Regierungen, die die höchsten Stimmrechtsanteile haben, also Industrieländer und USA, eine Politik verfolgen, die zum Teil nicht mehr sehr viel mit Wirtschaft zu tun hat, sondern da werden knallhart politische Bedingungen gestellt. Länder, die politisch nicht genehm sind, werden unter Druck gesetzt. Weiter wird eine Politik durchgesetzt, die eindeutig die Weltwirtschaftsordnung zu Ungunsten des Südens und Ostens verändert. Die ganze Debatte um eine neue Weltwirtschaftsordnung, die in den 70er Jahren einen ungeheuren Aufschwung gehabt hat, als man dachte, es gebe Fortschritte bezüglich Stabilisierung der Rohstoffpreise, bezüglich Verhaltenskodex der multinationalen Konzerne, ist völlig weggewischt worden durch die Politik, die in den 80er Jahren von Weltbank und IWF

durchgesetzt worden ist. Die Weltwirtschaftsordnung wird grundsätzlich nicht in Frage gestellt.

Es besteht eine Arbeitsteilung: der IWF ist für Finanzpolitik zuständig, das Gatt für Handelspolitik. Dabei kümmern sich die einen nicht um die andern. Diese Arbeitsteilung verschleiern die Probleme, die hinter der Weltwirtschaftsordnung stehen. In der Botschaft des Bundesrates wird so getan, als ob die Verschuldung der dritten Welt allein eine Frage der falschen Wirtschaftspolitik der nationalen Regierungen sei. Das ist einfach nicht wahr. Es lässt sich sehr gut nachweisen, dass ein wesentlicher Teil der Verschuldungsursachen bei den Rohstoffpreisen und beim offenen und versteckten Gewinntransfer der multinationalen Konzerne liegt. Uns fehlt in der heutigen Debatte um Verschuldung der weltwirtschaftliche Aspekt.

**In der Regel wird im IWF immer diejenige Politik ausgeführt, die in den Industrieländern am wenigsten stört.**

*friedenszeitung:* Welche Funktion hat eigentlich der IWF?

**Mascha Madörin:** Der IWF wurde eingerichtet für kurzfristige Weltwährungs- und finanzpolitische Krisen. Das ist durchaus sinnvoll. Sinnvoll ist auch, dass der IWF 1982, als die Verschuldungskrise ausgebrochen ist, interveniert und versucht hat, die Krise zu verzögern. Damals bestand eine berechtigte Angst vor einem Bankenkrach. Die grössten US-Banken hatten dermassen hohe Kredite ausstehend, vor allem gegenüber Lateinamerika, dass es katastrophal gewesen wäre für das internationale Finanzsystem. Heute ist das Problem, dass der IWF zunehmend, gleich wie die Weltbank, den Ländern im Süden und Osten eine langfristige Wirtschaftspolitik aufzwingt, was tiefgreifende weltweite Implikationen hat.

In dem Zusammenhang sind auch die Stimmrechtsverhältnisse problematisch. Wenn die

Schweiz dem IWF beiträgt, so habe ich ausgerechnet, wird sie mit 6.7 Mio. EinwohnerInnen mehr Stimmrecht haben als die 22 französischsprachigen afrikanischen Länder, die im IWF in einer Gruppe zusammengefasst sind und zusammen über 135 Mio. EinwohnerInnen haben. Die USA haben 19 Prozent des Stimmrechts, das heisst, sie haben bei allen wichtigen Entscheidungen, bei denen es 85 Prozent Mehrheit braucht, eine Sperrminorität. Japan, Grossbritannien, Frankreich, Deutschland haben zusammen je zu dritt auch eine Sperrminorität. Das heisst, es wird nie ein Entscheid gefällt, der gegen die Interessen dieser fünf Länder ist.

Der IWF steht nicht, wie die Botschaft glaubhaft zu machen versucht, über allen Interessen und versucht, vernünftig Probleme zu lösen und sich ernsthaft um Verschuldungsfragen zu kümmern. Durch diese Institution ist immer hart Politik gemacht worden.

*friedenszeitung:* In der Botschaft steht doch auch, dass sich bei den Strukturanpassungsprogrammen in den letzten Jahren einiges geändert habe, dass Fehler eingesehen und in der Folge neue Ansätze entwickelt worden seien. Was ist daran wahr?

**Mascha Madörin:** Es stimmt, dass seit 1988 (Jahresversammlung der Weltbank und des IWF in Berlin) der öffentliche Diskurs der beiden sich verändert hat. Die Weltbank etwa checkt ihre Projekte vermehrt nach ökologischen Kriterien ab. Aber wenn wir die letzten zwei Jahre Realpolitik von IWF und Weltbank betrachten, können wir nicht von wesentlichen Veränderungen sprechen.

**Schulden und Zinsen bezahlen heisst nichts anderes als Reichtumstransfer von der dritten in die erste Welt.**

US-amerikanische Umweltschutzorganisationen fordern die Antwort auf Fragen wie: Sind ökologische Kriterien noch vereinbar mit einem starken Exportwachstum? Ist eine Politik noch vertretbar, die nichts anderes will, als die Rückzahlungsfähigkeit der Drittweltländer herzustellen? Ist dies noch vereinbar mit sozialen Kriterien? Die Rohstoffpreise sinken weiter, Kapital wird transferiert. Schulden und Zinsen bezahlen heisst nichts anderes als Reichtumstransfer von der dritten in die erste Welt. So gesehen ist mit sozialen und ökologischen Kriterien nur eine massive Schuldenstreichung vereinbar. Die schwächlichen Schuldensanierungen, die bis jetzt stattgefunden haben, reichen nie aus, um nur den Status quo zu erhalten. Das wird in der Botschaft überhaupt nicht erwähnt.

*friedenszeitung:* Die Botschaft enthält eigentlich keine Einschätzung der Probleme?

**Mascha Madörin:** Ihre Hypothese ist, dass sich die Schweiz für freie Marktwirtschaft plus soziale und ökologische flankierende Massnahmen einsetzen wird. Zur freien Marktwirtschaft

## IWF und Weltbank

**Der Internationale Währungsfonds:** 1944 gegründet, sollte der IWF mit seinen Krediten die Stabilität des Weltwährungssystems aufrechterhalten. Nachdem diese Aufgabe 1973 mit der Freigabe des Dollar-Kurses scheiterte, wandte er sich vermehrt den Drittwelt-Ländern zu. Für die Banken übernimmt er dabei die Rolle eines Weltpolizisten: Schuldnerländer erhalten zumeist nur noch Kredit, wenn sie ein Sanierungsabkommen mit dem Fonds abschliessen. Die Stimmverhältnisse innerhalb des IWF entsprechen den Finanzquoten der einzelnen Mitglieder. Die Industrieländer verfügen davon über rund 60 %. Als einziges westliches Industrieland ist die Schweiz nicht Mitglied des IWF.

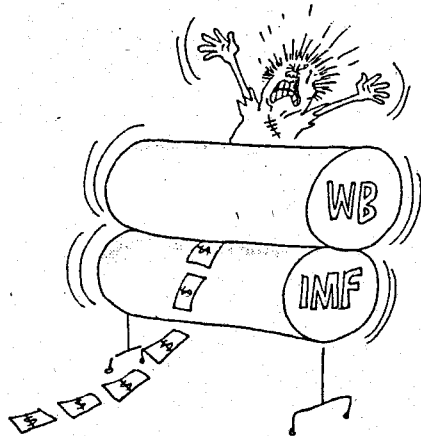
**Die Weltbank:** Sie wurde gemeinsam mit dem IWF 1944 in Bretton Woods (USA) gegründet. War der Fonds für kurzfristige Kredite zum Ausgleich von Zahlungsbilanzdefiziten zuständig, so sollte die Weltbank mit langfristigen Darlehen den Aufbau der kriegszerstörten Länder und später die Entwicklung der früheren Kolonien unterstützen. Während der 60er und 70er Jahre finanzierte sie vor allem Infrastrukturprojekte in den Schwellenländern (Grossstaudämme, Strassen, Häfen, später auch Landwirtschaftsprojekte). Seit 1981 verordnet sie in Zusammenarbeit mit dem IWF immer mehr wirtschaftliche Anpassungsprogramme. Die Mitgliedschaft im Fonds ist Voraussetzung für diejenige in der Weltbank. Abstimmungsverfahren und Mehrheitsverhältnisse sind praktisch identisch. Im Unterschied zum Fonds finanziert sich die Bank nicht nur durch die Quoten ihrer Mitglieder, sondern nimmt auch Geld auf den internationalen Kapitalmärkten auf.

(Dokumentation der Erklärung von Bern 1988/1)

muss gesagt werden, dass die Machfrage auf dem internationalen Markt nicht angegangen wird. Heisst sich einsetzen für die freie Marktwirtschaft, dass die Schweiz für die Abschaffung von Nestlé ist, die den Kaffee- und Kakaomarkt wesentlich mitkontrolliert? Oder wie geht die Schweiz damit um, dass heute fast 40 Prozent des Welthandels konzernintern abgehandelt werden, das heisst, die Konzerne sich selber beliefern? Der Begriff Marktwirtschaft ist eine Leerformel.

Viele Fragen bleiben ungeklärt. Die Botschaft ist ein Zusammenspiel von guten Absichten und von Erklärungen, die den Eindruck des guten Willens geben. Doch fehlt jede Stringenz in der Argumentation und eine Analyse der tatsächlichen Verhältnisse.

*friedenszeitung:* Osteuropäische Länder reissen sich ja gewissermassen um den Beitritt, aber auch gewisse afrikanische Länder sehen im IWF durchaus Gutes, etwa die Kontrolle der Staatswirtschaften oder Kriterien, die der IWF effektiv anwendet. Ich habe gehört, dass der



Fortsetzung von Seite 17

IWF den Verkauf von Pilatusflugzeugen an Guyana verhindert hat mit dem Argument, das seien überflüssige Staatsausgaben. Es gibt jetzt auch Pläne mit der Auflage, dass die Rüstungsausgaben bei Ländern, die Kredite erhalten sollten, insgesamt nicht höher sein dürfen als Ausgaben für Sozial- und Gesundheitswesen. Gibt es da Änderungen und positive Auswirkungen in der IWF-Politik?

**Mascha Madörin:** Natürlich gibt es auch vernünftige Aspekte. Der IWF hat ja in Krisensituationen interveniert und hat dann als wirtschaftliches 'Über-Ich' in diesen Ländern Sachen vertreten können, was die Regierungen im eigenen Land nie hätten durchsetzen können. Was Rüstungsausgaben und die damit verbundenen Vorschriften anbelangt, ist für mich das Problem, dass der IWF eine Krisenmanagement-Organisation ist, dominiert von den Industrieländern, die versucht, den Drittweltländern eine vernünftige Wirtschaftspolitik aufzuzwingen, die den Industrieländern nicht schadet.

Meiner Meinung nach ist die Rüstungsfrage sehr ambivalent. Man müsste zuerst einmal den USA Rüstungsbeschränkungen aufzwingen, weil die USA, finanzpolitisch gesehen, weltwirtschaftlich die katastrophalste Politik betrei-

ben, verglichen mit sämtlichen Ländern. Die USA musste sich nie an IWF-Regeln halten und hat wesentlich die Krisen der Drittweltländer mitverursacht. Die Rüstungsbeschränkungs politik finde ich schon richtig. Doch damit verbunden ist die Frage der irrsinnigen militärischen Überlegenheit der westlichen Industrieländer.

Alles, was vom IWF durchgesetzt wird, hat einen paternalistischen Aspekt, weil gegenüber den Industrieländern die gleichen Forderungen nie durchgesetzt werden. Weiter werden solche Auflagen nur gegenüber Ländern gemacht, bei

**Es geht um den Anspruch der Industrieländer, d.h. der weissen Männer, die Welt zu managen.**

denen die USA oder auch andere Länder kein spezielles Interesse haben. Ich glaube nicht, dass solche Auflagen durchgesetzt werden bei Ländern, die wichtige Rüstungskäufer sind. In der Regel wird im IWF immer diejenige Politik ausgeführt, die in den Industrieländern am wenigsten stört.

**friedenszeitung:** Gibt es für ein Land der dritten Welt die Möglichkeit, ohne IWF zu bestehen?

**Mascha Madörin:** Im Moment, da ein Land verschuldet und nicht mehr zinszahlungsfähig ist, wird es gezwungen, dem IWF beizutreten. Heute gibt es keine Alternativen mehr. Wenn ein Land keine Kredite mehr erhält, kann es nicht mehr bestehen. Es wäre eine Zwangsabkoppelung unter denkbar schlechten Bedingungen.

In Zukunft werden riesige Gebiete verschuldet sein, etwa die Sowjetunion. Und da nehme ich an, dass sich neue Bewegungen bilden, um neue Regelungen zu finden. Basisbewegungen, etwa in Asien, formulieren Forderungen. Sie verlangen etwa die Dezentralisierung der Weltbank, also dass jede Region eine eigene Entwicklungsbank hat, die auch von der Region kontrolliert wird. In Bezug auf den IWF wird eine andere Stimmrechtsverteilung und Reformen der internen Entscheidungs- und Kontrollmechanismen verlangt. Es wird zusätzlich ausserhalb von IWF und Weltbank eine internationale Schuldenkonferenz verlangt, auf Uno-Ebene, um Schuldenstreichungen global regeln zu können. Irgend etwas muss geschehen, denn was heute geschieht, ist verheerend.

## Auswirkungen der IWF-Politik

### Der Drache IWF

Arne Engeli war auf Einladung des Ökumenischen Rates der Kirchen im Juni 1990 an einem vierwöchigen Seminar «Christlicher Glaube und gesellschaftliche Transformation» auf der karibischen Insel Trinidad (nördlich von Venezuela). Direkt waren die TeilnehmerInnen mit den Auswirkungen der IWF-Politik konfrontiert, sei es in Diskussionen, sei es an einer Demonstration, wie sie im folgenden von Arne Engeli beschrieben wird.

11. Juni 1990 in Trinidad (Karibik): Labour Day. Mit Lastwagen waren sie zu Tausenden herangefahren, die Ölfeld- und StahlarbeiterInnen, die Krankenschwestern, die LandarbeiterInnen, in bunten Kleidern und mit Transparenten. 25'000 Frauen und Männer, zusammengerufen von den verschiedenen (radikalen und nichtradikalen) Gewerkschaften des kleinen Inselstaates, setzen sich zum Marsch nach Fyzabad in Bewegung, wo die Kundgebung stattfindet, zur Erinnerung an die Verhaftung des grossen Gewerkschaftsführers in dieser Stadt während des Streiks von 1937. Ein Thema dominiert: Die Solidarität mit den streikenden Krankenschwestern, die Unzufriedenheit mit der strangulierenden Politik des IWF.

Das verschuldete Staatswesen hatte auf Diktat des IWF zu drastischen Einsparungen im Gesundheitswesen gegriffen, z.B. zu Personaleinsparungen und Lohnkürzungen von 10 Prozent, was zur Abwanderung vor allem von Ärztinnen und damit zur Überlastung der Übriggebliebenen führt. Medikamente und Bettwäsche werden nicht mehr ersetzt, dringende Reparaturen nicht mehr ausgeführt. Dagegen protestieren die

Krankenschwestern seit Wochen mit ihren Warnstreiks und erhalten hier grosse Unterstützung. Es wird der Rücktritt der Regierung Robinson gefordert, die sich allzu IWF-freundlich gebärdet.

Die IWF-Politik wird in den Reden der verschiedenen GewerkschaftsführerInnen als unakzeptabel angeprangert, und auch die drei religiösen Oberhäupter (Anglikaner, Muslim und Buddhist) schliessen sich den Klagen in eindeutiger Sprache an. Die wachsende Arbeitslosigkeit lasse die Kriminalitätsrate und das Drogenelend ansteigen, die Lebensqualität der Familien sinke, z.B. sei der freie Transport für Schulkinder gestrichen worden. «Wir arbeiten immer härter – und doch geht es uns von Tag zu Tag schlechter», reklamiert ein Stahlarbeiter, «wir sind nicht mehr bereit, diese Opfer zu bringen!» Ein Kulturschaffender stellt den IWF als Drachen dar und denunziert sein mörderisches Wirken mit folgenden Worten:

«Löhne gehen runter, Arbeitsplätze weg, Lehreraus, Studenten heim. Geldwert fällt, Essen schlägt auf, Medizin ist zu teuer, Wohnungsmiete wird zur Last, Land ist unerschwinglich, Lebensstandard sinkt. Gerechtigkeit schwindet, Skandale wachsen, Ängste werden gross, aber die Drogen werden nicht verschwinden. Wir müssen zahlen, was wir nicht vermögen.»

Ich schaue in die bunt gekleidete Menge von Schwarzen und farbigen Frauen und Männern, die fasziniert zuhören, applaudieren und sich nachher zu Kalypsoklänge bewegen. Ich spüre etwas von der ungebrochenen Kraft und dem Lebensmut dieser Menschen; vielleicht liegt die Zukunft unseres Planeten in ihren Händen. Ich hoffe es.

Sechs Wochen später, zurück in der Schweiz: Der damals ebenfalls sprechende Imam Abu

Bakr nahm mit muslimischen Burschen in einem Handstreich die Regierung Robinson als Geisel gefangen, um eine andere Regierungspolitik zu erzwingen – schlug aber fehl. Das Beispiel macht deutlich, wie politische Unruhen durch die verhängnisvolle IWF-Politik provoziert werden.

Arne Engeli

### Die zwölf Bedingungen des IWF

Aus der Rede von David Abdullah, Vorsitzender des Movement of People (MOTION), Gewerkschaftsführer der Ölfeldarbeiter:

1. Volle Information über die wirtschaftliche Lage
2. Erhöhung der Exporte
3. Senkung der Importe
4. Senkung der Arbeitseinkommen («Die Wohlhabenden können weiterkaufen und halten die Wirtschaft in Gang»)
5. Abwertung der einheimischen Währung
6. Höhere Preise auch für lebenswichtige Güter
7. Reduzierung des Staatshaushalts (durch Entlassungen und Subventionskürzungen)
8. Reprivatisierung staatlicher Unternehmen
9. Freier Markt für ausländische Unternehmen, keine Protektion der einheimischen Betriebe
10. Änderung des Steuersystems, um Investitionen zu begünstigen
11. Keine strikten Umweltschutzklauseln
12. Begrenzung der gewerkschaftlichen Mitwirkungsrechte.